



23. November 2018

Mit diesen Hauptstadtinfos berichten die beiden nordhessischen Bundestagsabgeordneten für Waldeck-Frankenberg, Kassel-Land und Schwalm-Eder, Esther Dilcher und Dr. Edgar Franke, von den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages in Berlin.

Inhalt:

- **Bundeshaushalt 2019 eine Übersicht von Esther Dilcher**
- **Gesundheitspolitiker Franke zum Gesundheitsetat**
- **Zusätzliche Finanzierung der Krankenhäuser im ländlichen Bereich**
- **Franke setzt sich erfolgreich für Versorgung von Schlaganfallpatienten ein**
- **Franke im Vorstand der Landesgruppe Hessen**
- **Willkommen im Team Franke**

Bundeshaushalt 2019

Mit dem zweiten Bundeshaushalt unseres Finanzministers Olaf Scholz arbeiten wir weiter an der zügigen und konsequenten Umsetzung der Versprechen, die wir den Bürgerinnen und Bürgern mit dem Koalitionsvertrag gegeben hatten: hohe Investitionen in Infrastruktur, in Bildung und Soziales. Die Investitionen liegen weiter auf Rekordniveau. Nach Abschluss der parlamentarischen Beratungen liegen sie sogar um rund 1 Milliarde Euro über dem Regierungsentwurf.



Wir investieren in Kitas, in Schulen, in Straßen und Eisenbahnen, in den Breitbandausbau, in den Umwelt- und Klimaschutz, in den sozialen Wohnungsbau und in die Städtebauförderung sowie in die Forschung an Hochschulen und Forschungseinrichtungen. Wir stellen Geld für ein umfangreiches Familienentlastungsgesetz (Erhöhung von Kindergeld und Kinderfreibetrag, Ausgleich der kalten Progression), weitere Verbesserungen bei Rente und Pflege und für ein großes Programm „Sozialer Arbeitsmarkt“ zur Verfügung.



Bildquelle: https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Downloads/Gesetze/2018-07-06-Entw-HH2019.pdf;jsessionid=CA5427A95480F87F4B3E6FCA569C52E5?__blob=publicationFile&v=1

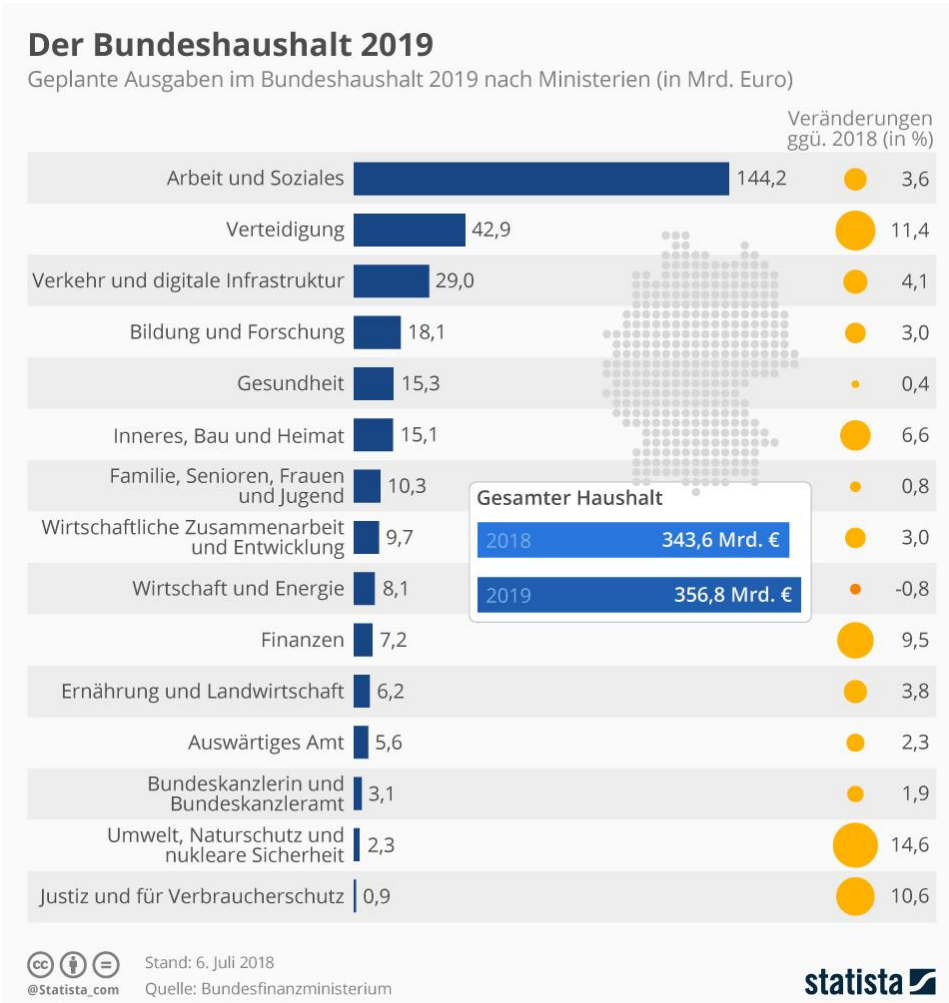
Das alles machen wir ohne neue Schulden. Seit 2014 kommt der Bund ohne Nettokreditaufnahme aus.

Für die Umsetzung der wichtigsten Anliegen des Koalitionsvertrages setzen wir in der Wahlperiode insgesamt 46 Milliarden Euro mehr ein, als in der früheren Finanzplanung vorgesehen war.

Das bedeutet mehr Geld für den sozialen Wohnungsbau, für Ganztagschulen und Ganztagsbetreuung, die Senkung der Kita-Gebühren und die Verbesserung der Betreuungsschlüssel, die Eingliederung Langzeitarbeitsloser und die weitgehende Abschaffung des Solidaritätszuschlags.

Die Renten steigen zukünftig wieder wie die Löhne, das Rentenniveau und die Beiträge werden bis 2025 stabilisiert. Die Finanzierung stellen wir mit einer Demografierücklage sicher, in die ab 2019 jährlich 2 Mrd. Euro fließen. Damit stärken wir das Vertrauen in die gesetzliche Rente.

Wir stellen für den Sozialen Wohnungsbau im kommenden Jahr 1,5 Mrd. Euro zur Verfügung. Mit dem Baukindergeld unterstützen wir Familien beim Erwerb von selbstgenutztem Wohneigentum. Zusätzlich verschärfen wir die Mietpreisbremse, begrenzen die Modernisierungumlage, bestrafen gezieltes Herausmodernisieren und schaffen mehr bezahlbaren Wohnraum.



Der Haushalt im Einzelnen

Personal

Beim Personal des Bundes haben wir in dieser Wahlperiode viel vor. Wir Sozialdemokraten wollen einen handlungsfähigen, starken Staat mit einem leistungsfähigen öffentlichen Dienst. Im Haushalt 2018 haben wir angefangen, einen sozialdemokratischen Dreiklang aus neuen Stellen, besserer Bezahlung und der Auflösung von Befristungen durchzusetzen. Insbesondere die großangelegte Initiative zum Abbau sachgrundloser Befristungen in der Bundesverwaltung wäre ohne ein SPD-geführtes Finanzministerium nicht möglich gewesen.

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) erhält 313 dieser neuen Stellen. Beim Bundesverwaltungsamt und bei der Bundespolizei haben wir über 500 Stellen entfristet.

Innere Sicherheit / Rechtsstaat / Integration

Für die Sicherheitsbehörden stellen wir 2019 zusätzlich 3.120 Stellen bereit, darunter für die Bundespolizei 2.100 Stellen, für das Bundeskriminalamt gut 475 Stellen und das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik 325 Stellen. Zusammen mit den 2018 beschlossenen zusätzlichen Stellen stehen damit bereits gut 4.000 der im Koalitionsvertrag vereinbarten 7.500 Stellen zur Verfügung.



Die Zollverwaltung wird 2019 mit 775 zusätzlichen Stellen gestärkt, darunter 351 Stellen für die Mindestlohnkontrolle, 328 Stellen zur Unterstützung an den internationalen See- und Flughäfen sowie den sicherheitsrelevanten Bereichen der Zollverwaltung und 76 Stellen für die Financial Intelligence Unit (FIU) zur Bekämpfung von Geldwäsche.

Für geschützte Fahrzeuge der Bereitschaftspolizeien der Länder stellen wir 64 Millionen Euro zusätzlich bereit, für Fahrzeuge der freiwilligen Feuerwehren für den zivilen Katastrophenschutz 100 Millionen Euro zusätzlich.

Beim „Pakt für den Rechtsstaat“ geht der Bund voran mit 24 Stellen für den Bundesgerichtshof (darunter 12 Stellen für den Zivilsenat Karlsruhe und 12 Stellen für den Strafsenat Leipzig) und 37 Stellen für den Generalbundesanwalt.

Mit 5 Millionen Euro werden wir eine Informationsoffensive für den Rechtsstaat durchführen, um – gerade in Zeiten des zunehmenden Populismus und der offen gezeigten Verachtung staatlicher Institutionen – den Wert des Rechtsstaats und seiner verschiedenen Einrichtungen sichtbar zu machen.

Den Haushaltsansatz für die Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer (MBE) haben wir von 52,2 Millionen Euro um 18,6 Millionen Euro auf 70,8 Millionen Euro erhöht, den Ansatz für die Integrationskurse von 668 Millionen Euro um 52 Millionen Euro auf 720 Millionen Euro.

Für den Bundesfreiwilligendienst (BFD) stellen wir 40 Millionen Euro zusätzlich bereit und schaffen damit u.a. 2.000 Freiwilligen-Stellen beim THW. Für die weiteren Freiwilligendienste (FSJ, FÖJ) stellen wir 25 Millionen Euro zusätzlich bereit. Damit nähern wir uns dem Ziel, dass alle, die einen Freiwilligendienst ableisten wollen, einen Platz erhalten.

Bildung / Forschung / Betreuung



Zur Förderung künstlicher Intelligenz stellen wir für die nächsten Jahre insgesamt 500 Millionen Euro bereit. Den Forschungsstandort Deutschland stärken wir mit der Gründung von fünf neuen Deutsche-Luft- und Raumfahrt-Instituten (57 Millionen Euro jährlich) und einem neuen Fraunhofer-Institut für Energieinfrastruktur und Geothermie mit Standorten in Nordrhein-Westfalen, Brandenburg und Sachsen.

Die Finanzierung des Gute-Kita-Gesetzes war im Regierungsentwurf schon gesichert. Um mehr Erzieherinnen und Erzieher für Kitas und Horte zu gewinnen, erhält die Fachkräfteoffensive in den nächsten beiden Jahren 30 Millionen Euro zusätzlich. Das Programm KitaPlus für erweiterte Betreuungs- und Öffnungszeiten wird für 16 Millionen Euro um ein Jahr verlängert.

Klima- und Umweltschutz

Wir bekämpfen den Plastikmüll in den Weltmeeren, indem wir in den kommenden Jahren den Export moderner deutscher Technologien mit 50 Millionen Euro aus dem Energie- und Klimafonds fördern. Mit Hilfe dieser Technologien wird die Zuführung des Plastikmülls durch Flüsse in die Weltmeere minimiert.



Das „Sofortprogramm Saubere Luft“ und das Maßnahmenprogramm zur Digitalisierung kommunaler Verkehrssysteme führen wir über das Jahr 2020 hinaus fort. Dafür stellen wir insgesamt weitere 500 Millionen Euro ab 2020 zur Verfügung. Mit einem Investitionsprogramm von 45

Millionen Euro fördern wir die CO₂-arme Industrieproduktion.

Verkehr / Breitbandausbau

Für die Barrierefreiheit von 118 Bahnhöfen stellt der Bund 330 Millionen Euro bis 2026 zur Verfügung. Für Hardwarenachrüstungen bei Dieselbussen des ÖPNV und bei Handwerkerfahrzeugen stellen wir jeweils rund 220 Millionen Euro an Barmitteln und an Verpflichtungsermächtigungen bereit.

Mit dem Bundeshaushalt 2019 stellen wir knapp 4,1 Milliarden Euro zusätzlich bereit, fast ausschließlich in Form von Verpflichtungsermächtigungen für die kommenden Jahre. Geplant ist insbesondere, in den nächsten Jahren 32.000 Schulen, 7.000 Gewerbegebiete und über 1.700 Krankenhäuser an das Glasfasernetz anzuschließen.



Städtebau

Das Programm „Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur“ wird aufgrund des erheblichen Sanierungsbedarfs um 100 Millionen Euro aufgestockt. Das Programm mit Modellvorhaben zur Weiterentwicklung der Städtebauförderung erhöhen wir ebenfalls um 100 Millionen Euro.

Sport und Kultur

Die Sportfördermittel hat die Koalition im parlamentarischen Verfahren um rund 39 auf gut 235 Millionen Euro verstärkt.

Gut 110 Millionen Euro werden zusätzlich für den Kulturbereich bereitgestellt, unter anderem für ein neues Denkmalschutz-Sonderprogramm in Höhe von 40 Millionen Euro (damit ist das Denkmalschutzprogramm im Vergleich zu 2018 noch einmal um 10 Millionen erhöht worden).

Humanitäre Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit

In unstillen Zeiten übernehmen wir auch internationale Verantwortung. Wir stärken Deutschlands Engagement für Krisenprävention, humanitäre Hilfe und die Entwicklungszusammenarbeit. Für die humanitäre Hilfe im Ausland stellen wir 1,58 Mrd. Euro in den Haushalt ein. Darüber verbessern wir zum Beispiel die Situation von Kriegsflüchtlingen in Syrien oder im Libanon.

Wir haben dafür gesorgt, dass die Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit mindestens in gleichem Maße anwachsen wie der Verteidigungshaushalt. Im nächsten Jahr stellen wir im Vergleich zum Regierungsentwurf 700 Mio. Euro zusätzlich für die Entwicklungspolitik bereit. Insgesamt steigern wir die Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit auf 10,2 Mrd. Euro.

Insgesamt können wir feststellen: Wir schaffen einen Haushalt, der Ausgabendisziplin und Nullverschuldung mit sozialdemokratischer Schwerpunktsetzung und einer Verstärkung der Investitionen verbindet.

Gesundheitspolitiker Franke zum Gesundheitsetat



Dr. Edgar Franke im phoenix-Live-Interview zum Bundeshaushalt 2019 und dem Gesundheitsetat:

„Der rote Faden sozialdemokratischer Gesundheitspolitik ist eine flächendeckende medizinische Versorgung, gute Pflege und eine Verbesserung der Versorgungsqualität in Krankenhäusern.“

Und weiter: "Der Arzt, der sich um den Patienten kümmert, der mal zehn Minuten länger mit ihm redet, der soll mehr Geld bekommen. Ich denke, das ist vernünftig und das ist richtig und wird auch Wirkung erzielen".



Vor allem betonte der Gesundheitspolitiker, dass es gelungen sei, die kleinen Krankenhäuser im ländlichen Bereich nun finanziell stärken zu können. Hierzu der folgende Beitrag.



Zusätzliche Finanzierung der Krankenhäuser im ländlichen Bereich

Die SPD-Fraktion konnte einen fachlichen Änderungsantrag im Pflegepersonalstärkungsgesetz platzieren, der den ländlichen Krankenhäusern zu Gute kommen wird.

Krankenhäuser im ländlichen, strukturschwachen Bereich haben oftmals nicht die nötigen Fallzahlen und die entsprechenden Größen, um auskömmlich wirtschaften zu können. Sie sind für die Versorgungssicherheit dann unverzichtbar, wenn im näheren Umfeld keine stationäre, medizinische Versorgung zu verzeichnen ist. Dieses Problem wird noch verschärft, weil zusätzlich im ländlichen Bereich viele ambulant tätige Ärzte aufhören und oftmals keine Nachfolger finden.



Deshalb werden für bedarfsnotwendige, kleine Krankenhäuser im ländlichen Raum insgesamt zusätzlich 50 Mio. Euro durch dieses Gesetz zur Verfügung gestellt. „Ich freue mich sehr, dass wir nun den bedarfsnotwendigen Krankenhäusern in der Fläche eine zusätzliche, finanzielle Unterstützung pro Jahr von 400.000 EURO zur Verfügung stellen können“, so der Gesundheitspolitiker Franke.

Die Krankenhäuser werden durch einen Vertrag zwischen dem Spitzenverband der Krankenversicherungen und der Deutschen Krankenhausgesellschaft identifiziert. Voraussetzung ist, dass bei einem Wegfall des Krankenhauses 5.000 Menschen einen Weg von über 30 Minuten zum nächstgelegenen Krankenhaus hätten. Im Gegensatz zu den Sicherstellungszuschlägen, bei denen die Länder beteiligt seien, müssen die Krankenhäuser dabei kein Defizit nachweisen.



Für den Zuschuss kämen insbesondere das Kreiskrankenhaus in Frankenberg und auch das Stadtkrankenhaus in Korbach (Bild links) in Betracht, so Franke abschließend mit Bezug auf die Wahlkreise von Esther Dilcher und ihm.

Franke setzt sich erfolgreich für Versorgung von Schlaganfallpatienten ein

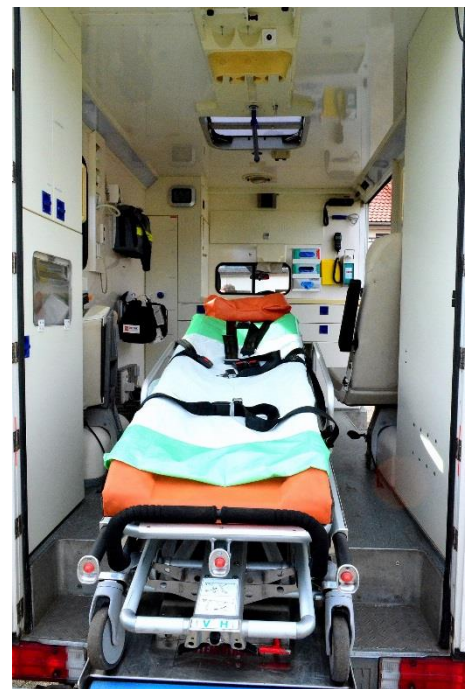
Der Bundestagsabgeordnete Dr. Edgar Franke (SPD), Berichterstatter für Krankenhäuser, freut sich, dass es gelungen ist, wohnortnahe Versorgungsstrukturen für Schlaganfallpatienten zu erhalten. Mit der Verabschiedung des Pflegepersonalstärkungsgesetzes hat sich die SPD für eine weiterhin schnelle und gute Behandlung der Patientinnen und Patienten in ortsnahen Krankenhäusern erfolgreich eingesetzt, so Franke.

Kooperation ist das A und O

Ein wesentlicher Bestandteil zur Sicherung einer flächendeckenden Versorgung ist die tragfähige Kooperation zwischen lokalen Schlaganfalleinheiten (sogenannte Stroke Units) und überregionalen Schlaganfallzentren. Durch ein Urteil des Bundessozialgerichts (BSG) war diese in große Gefahr geraten.

BSG-Urteil gefährdet Klinikangebote

Bisher konnten Krankenhäuser für die spezialisierte Schlaganfallversorgung eine gesonderte Vergütung erhalten. Voraussetzung ist unter anderem, dass sie besonders schwer betroffene Patienten im Bedarfsfall spezieller Eingriffe innerhalb von 30 Minuten reiner Transportzeit in ein hierfür qualifiziertes überregionales Zentrum verlegen können. Das BSG hat jetzt geurteilt, dass diese 30 Minuten bereits ab der Entscheidung zum Transport gelten sollen. Da damit die Vergütung für zahlreiche Einrichtungen nicht mehr gewährleistet wäre, könnten diese sich aus der Schlaganfallbehandlung zurückziehen.



Die Konsequenz davon wäre, dass vor allem Krankenhäuser in der Fläche, wie zum Beispiel die Hephata-Klinik in Treysa und die Wickerklinik in Bad Zwesten, ihre Schlaganfallabteilungen ohne die Vergütung nicht hätten halten können. Also müssten die Patienten in der Konsequenz längere Transportstrecken hinter sich legen.

Keine Rückforderung durch Krankenkassen

Franke hatte sich erfolgreich in der großen Koalition dafür eingesetzt, dass mit dem Gesetz zur Stärkung des Pflegepersonals (PpSG) ein Änderungsantrag eingebracht wurde.

Dieser Antrag erlaubt dem Deutschen Institut für Medizinische Dokumentation und Information (DIMDI) die Klarstellung, dass eine eigene Abteilung im Hause oder einen Kooperationspartner innerhalb einer halben Stunde zwischen Rettungstransportbeginn und Rettungstransportende erreichbar sein muss.

Neu ist, dass diese Klarstellung des DIMDI auch für die Vergangenheit gelten soll. Die Krankenkassen dürfen somit keine bereits gezahlten Vergütungen zurückfordern.

„Es darf nicht sein, dass ein gutgemeintes aber im Ergebnis widersinniges Gerichtsurteil die Qualität und die Ortsnähe der Versorgung auf dem Land einschränkt! Das haben wir verhindert!“, betont Gesundheitsexperte Franke.

Franke im Vorstand der Landesgruppe Hessen

Die hessischen SPD-Abgeordneten im Deutschen Bundestag haben ihren Vorstand neu gewählt.



Einstimmig wurde der digitalpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Dr. Jens Zimmermann (Odenwald, im Bild in der Mitte), zum Vorsitzenden gewählt. Zu den Stellvertretern wurden der Opferbeauftragte der Bundesregierung, Dr. Edgar Franke (Schwalm-Eder), sowie die Sozialpolitikerin Dagmar Schmidt (Lahn-Dill) neu gewählt.

„Mir ist es wichtig, dass gerade Nordhessen im Vorstand gut vertreten ist, um für die Belange der Menschen vor Ort in Berlin eintreten zu können“, betonte Franke sein Engagement.

Zimmermann folgt auf den Europa-Staatsminister Michael Roth (Hersfeld-Rotenburg). Er dankte seinem Vorgänger, der mit viel Engagement den Landesgruppenvorsitz geführt habe und die Landesgruppe in nicht einfachen Zeiten zusammenhalten konnte.

Willkommen im Team Franke

Seit Anfang November haben wir im Berliner Büro Verstärkung durch Zoë Henss aus Schwalmstadt-Michelsberg bekommen. Nachdem sie bei uns in Berlin ein Praktikum gemacht hat.

So erreichen Sie uns:

Esther Dilcher, MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030-227-75113
esther.dilcher@bundestag.de

Wahlkreisbüro:

Briloner Landstr. 27
34497 Korbach
Tel.: 05631-974712
www.estherdilcher.de

Dr. Edgar Franke, MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030-227-73319
edgar.franke@bundestag.de

Wahlkreisbüros:

Bahnhofstr. 36c
34582 Borken
Tel.: 05682-739729

Obermarkt 5

35066 Frankenberg
Telefon 06451 717950
www.edgarfranke.de



Sie hilft uns jetzt in den Sitzungswochen bei der immer mehr gewordenen Arbeit aus und entlastet damit Onno Wulf im Berliner Büro.

Zoë wird in Zukunft auch ihren Ortsverein Michelsberg unterstützen.

Eine Information der Bundestagsabgeordneten Esther Dilcher und Dr. Edgar Franke – Die Infos sind bewusst kurz gehalten, um Euch einen schnellen Überblick zu geben. Falls Ihr vertiefende Auskünfte zu bestimmten Themen wünscht, meldet Euch einfach.

Bilder auf den Seiten 4 , 5, 6, 9 (oben) und 10 von pixabay.com.

V.i.S.d.P.: Dr. Edgar Franke, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin.